



Aufruf der ESG Dresden zur Einführung eines Sozialen Friedensdienstes

3. Juni 1981

Information Nr. 284/81 über politisch-negative Aktivitäten durch Mitglieder des sogenannten Arbeitskreises »Erziehung zum Frieden« der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Dresden zum Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3131, Bl. 1–7 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner, Bellmann, Gysi – MfS: Mittig, Leiter HA XX, ZAIG/1, Ablage.

Anlage

Brief und Aufruf zum Sozialen Friedensdienst (SoFd).

Verweis

Information [346/81](#).

Streng intern wurde bekannt, dass ca. neun Mitglieder des sog. Arbeitskreises »Erziehung zum Frieden« der ESG Dresden ein schriftliches Material – eine »Initiative: Sozialer Friedensdienst«¹ – erarbeitet haben, das die Forderung nach einer Veränderung des allgemeinen Wehrpflichtgesetzes erhebt. Es wird gefordert, an Stelle des Wehrdienstes einen sog. sozialen Friedensdienst durchführen zu können.² Nach Vorstellungen der Verfasser solle das Papier in allen Evangelischen Studentengemeinden der DDR sowie in weiteren kirchlichen Gremien beraten werden mit dem Ziel, eine möglichst breit diskutierte Vorlage der Volkskammer der DDR zur Beschlussfassung vorzulegen.

Initiator ist nach bisherigen Feststellungen der als politisch-negativ bekannte evangelische Pfarrer *Wonneberger*, Christoph³ (37), wh.: Dresden, [Straße, Nr.], Ev.-Luth. Weinbergkirche in Dresden.

Weiteren streng vertraulichen Hinweisen zufolge wurde von Wonneberger Ende Mai 1981 an zehn kirchliche Einrichtungen bzw. Pfarrer im Bezirk Dresden dieses Material versandt mit der Aufforderung, Abschriften zu fertigen, es weiter zu verbreiten und in Gemeinde- und Freundeskreisen darüber zu diskutieren. In dem Material wurden Vorstellungen entwickelt, wonach »als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehersatzdienst ein sozialer Friedensdienst (SoFd) eingerichtet« werden soll.

Nach den Vorstellungen der Verfasser ist beabsichtigt, dass der sogenannte SoFd-Leistende

- zu einer 24monatigen Dienstzeit verpflichtet wird,
- eine Grundausbildung in Erster Hilfe und Katastrophenschutz erhält,
- politischen Unterricht zu den Schwerpunkten Friedenssicherung, Abrüstung und gewaltfreie Konfliktbewältigung erhält,
- an sozialen Schwerpunkten wie Heimbetreuung (z. B. Altersheime, Kinderheime usw.), Krankenhaus-Hilfsdienst und Sozialfürsorge (Suchtkranke, Jugendhilfe u. a.) zum Einsatz kommt.

Im Ergebnis der beabsichtigten Diskussion sollen die Empfänger der Materialien bis zum 1.9. 1981 (Weltfriedenstag) an die örtlichen Synoden eine Stellungnahme abgeben.

In der Anlage wird das von Wonneberger versandte schriftliche Material im Wortlaut beigefügt.⁴

Die Information ist wegen Quellegefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage zur Information Nr. 284/81

[Brief und Aufruf zum Sozialen Friedensdienst]

Liebe Kollegen!

Anbei die Initiative »Sozialer Friedensdienst« mit der Bitte um weitere Abschriften, Verbreitung [sowie] Diskussion in Gemeinde- und Freundeskreisen. Sicher ist es gut, die Adresse der Synodalkanzlei, wenigstens mündlich, weiterzuvermitteln. Weitere Schritte sollen für die Zeit nach den Herbst-Synodaltagungen ins Auge gefasst werden.

Mit herzlichem Gruß, Ihr

gez. Chr. Wonneberger

Lieber Freund!

Wir suchen weiter nach Wegen zum Frieden. Die »Ehrfurcht vor dem Leben« gebietet uns, Frieden zu schaffen ohne Waffen und uns für das bedrohte Leben einzusetzen.

Uns bedrängt die immer weiter wachsende Rüstung⁵, im Westen und im Osten. Uns bedrängt das immer mehr zunehmende Gewicht des Militärischen in unserer Gesellschaft. Uns bedrängen auf der anderen Seite ebenso die sozialen Mangelerscheinungen, dort, wo es um die Kranken, die körperlich und geistig Geschädigten, die Alten in Alters- und Pflegeheimen, die Suchtgefährdeten und auch um die Wiedereingliederung von Straftatigen geht. Auf diesen Gebieten fehlt es ja erheblich an Arbeitskräften.

Diesem Mangel wäre zum Teil schon mit Hilfskräften abzuwehren, die ihren Willen und Menschlichkeit mitbringen. Die qualifizierten Arbeitskräfte könnten sich ihren eigentlichen Aufgaben voll widmen.

Wir haben uns am 25.4. und 9.5.1981 in Dresden getroffen und an der seit einem halben Jahr diskutierten Initiative »Sozialer Friedensdienst« (SoFd) weitergearbeitet. Der überarbeitete Text liegt hier vor. Unsere Initiative will ein konkreter Beitrag sein, Frieden einzuüben und gleichzeitig denen in unserer Gesellschaft zugutekommen, die Hilfe am dringendsten brauchen.

Sozialer Friedensdienst

Die Volkskammer der DDR möge beschließen:

1. Als gleichberechtigte Alternative zu Wehrdienst und Wehersatzdienst wird ein sozialer Friedensdienst (SoFd) eingerichtet. Die Erfassung, Musterung und Einberufung dazu erfolgt dem Wehrdienst entsprechend. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht vom 24.1.1962 mit dazugehörigen Folgebestimmungen ist dahingehend zu ändern.
2. Der SoFd-Leistende wird zu einer 24monatigen Dienstzeit verpflichtet
 - als zeichenhafte Vorgabe seines Friedenswillens
 - als Schwelle für »Drückeberger«
3. Der SoFd-Leistende genießt die gleichen Rechte wie der Wehrdienst-Leistende (z. B. Versicherung, Entlohnung, Urlaub, Erhalt des früheren Arbeitsplatzes).
4. Eine Kasernierung in Wohnheimen kann vorgesehen werden, um einseitigen »Heimschlafvorteil« zu vermeiden.
5. Es erfolgt eine Grundausbildung in Erster Hilfe und Katastrophenschutz.
6. Der SoFd-Leistende erhält regelmäßig politischen Unterricht mit den besonderen Schwerpunkten: Friedenssicherung, Abrüstung, gewaltfrei Konflikte bewältigen.
- 7.1. Der Einsatz von SoFd-Leistenden geschieht an sozialen Schwerpunkten
 - Heimbetreuung (Kinderheime, Altersheime, Pflegeheime, Heime für körperlich und geistig Behinderte)
 - Krankenhaus-Hilfsdienst
 - Sozialfürsorge (Suchtkranke, Jugendhilfe, Resozialisierung)
 - Volkssolidarität
 - der Bereich Umweltschutz ist daraufhin zu prüfen
- 7.2. Die Zielsetzung dabei ist
 - Entlastung der Fachkräfte für ihre eigentlichen Aufgaben
 - Entlastung von Familienvätern und -müttern von Nacht- und Wochenenddienst⁶

Wenn Du Dir diese Initiative zu eigen machen kannst, sprich mit Deinen Freunden darüber. Schreibe bis zum 1. September 1981 (Weltfriedenstag) an die Synode der Kirche, in deren Bereich Du wohnst. Es kommt auf Dich wie auf jeden Einzelnen an.

Dresden, am 9.5.1981

Im Namen der Initiativgruppe

(gez.) Burkhardt (gez.) Dr. Wetzler (gez.) Wonneberger

Ihr Chr. Wonneberger (handschriftlich)

¹

Die Forderung nach einer Alternative zum Militärdienst bei der NVA, die über den nur waffenlosen Dienst als Bausoldat hinausgeht und tatsächlich zivilen und sozialen Charakter trägt, war 1980 von Christoph Wonneberger mit den Mitgliedern seines Friedenskreises in einem

Aufruf an die Volkskammer, einen »Sozialen Friedensdienstes« (SoFd) einzuführen, formuliert und als Rundbrief bekannt gemacht worden. Vgl. Schwab, Uwe (Hg.): Pfarrer Christoph Wonneberger. Berlin 2014, S. 79–81; Silomon, Anke: Schwerter zu Pflugscharen und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982. Göttingen 1999; Brauckmann, Roland: »Der Friede muß nicht bewaffnet sein!« Die Zersetzung des »Sozialen Friedensdienstes« 1980–1986 in Dresden durch Partei und MfS. In: Horch und Guck 4(1995)15, S. 27–29.

2

Die Wehrpflicht in der DDR wurde am 24.1.1962 mit dem Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht (Wehrpflichtgesetz) eingeführt. Kern der Wehrpflicht war der 18 Monate dauernde Grundwehrdienst, den alle tauglichen männlichen Bürger abzuleisten hatten. Seit September 1964 konnten aufgrund einer Verordnung des Nationalen Verteidigungsrates Wehrdienstleistende, die aus religiösen Gründen den Dienst mit der Waffe ablehnten, Bausoldaten werden. Sie wurden z. B. mit Pionierarbeiten, Bauarbeiten an Schießplätzen, bei volkswirtschaftlichen Schwerpunktvorhaben (z. B. Bau des Fährhafens Mukran) oder im Straßenbau beschäftigt und mussten ebenfalls die 18-monatige Dienstzeit absolvieren. Diese Möglichkeit des waffenlosen Dienstes war im gesamten Ostblock eine bemerkenswerte Ausnahme.

3

Christoph Wonneberger, Jg. 1944, 1977–84 Pfarrer der Dresdener Weinbergkirchgemeinde, Mitbegründer der Initiative »Sozialer Friedensdienst« (SoFd), einer seit 1980 DDR-weiten Initiative innerhalb der kirchlichen Friedensbewegung.

4

Der Text des Aufrufes ist abgedruckt in: Ehring, Klaus; Dallwitz, Martin: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR. Reinbek 1982, 186 f.

5

Im Original fälschlich: »Richtung«.

6

Im Original: »Wochendienst«.